

Senat) schwächer repräsentiert sein wird als die Kommunistische Partei, wird von spanischen Politikern als die größte Überraschung dieser Wahlen bezeichnet. Provinzen, in denen sich die AP einer großen Wählerschaft sicher zu sein schien wie etwa in Aragón, wählten statt dessen die Regierungskoalition Adolfo Suárez'. Fraga, der unter Franco das halbwegs liberale Pressegesetz von 1966 durchbrachte, überraschte im Wahlkampf mit der Beschwörung vaterländischer Formeln und dem überall deutlich spürbaren Anspruch, das Erbe Francos weiterzuführen. Er versprach Kontinuität und warnte vor der zügellosen Liberalisierung, die alle links von der AP stehenden Parteien im Schilde führten. Von der nach Stimmengewinnen proportional abzurechnenden staatlichen Wahlsumme muß die AP als Folge ihrer Selbstüberschätzung 1,4 Milliarden Peseten zurückzahlen. Der von liberalen Zeitungen ausgeschlachtete pittoreske Wahlkampf der „Alianza Popular“ mit den verzweifelten „Franco darf nicht sterben“-Appellen hat sie gewiß nur Stimmen gekostet.

### Klares Übergewicht der Linken

Der je nach politischem Standort unterschiedlich intonierte Kommentar „Ohne die Linke geht nichts mehr“

dürfte trotz des Sieges von Ministerpräsident Suárez richtungweisend für die Zukunft sein. Die mehr als 10 Millionen Stimmen für die Sozialisten, Kommunisten und autonomistischen Mitte-Links-Parteien ergeben gegenüber 7,5 Millionen für das Zentrum und die Rechte ein klares Übergewicht der politischen Linken in Spanien. Für alle Parteien gilt, daß sie im politischen Alltag nach der Wahl Profil gewinnen müssen, das ihnen, wie es im Wahlkampf häufiger vorkommt, verlorengegangen ist. Davon ausnehmen kann man die rechtsgerichteten Parteien, die das ideologische Bekenntnis zu Randgruppen werden ließ. Die neugegründete Zentrumsunion, aus dem Parteienbündnis UCD hervorgegangen, muß sich erst einmal definieren. Adolfo Suárez steht vor der schwierigen Aufgabe, das ideologielose Zweckbündnis UCD in eine politisch aktionsfähige Partei des Zentrums umzuwandeln, die der starken sozialistischen Opposition Alternativen für die drängendsten akuten Probleme wie Inflation und Arbeitslosigkeit anzubieten imstande ist. Die Chance des Zentrums liegt in der gesicherten parlamentarischen Mehrheit und dem Vertrauensbonus von Ministerpräsident Suárez, der es – aus den Reihen des Regimes kommend – erst mit der Demokratie meinte als seine Vorgänger im Amt des spanischen Ministerpräsidenten.

*Gabriele Baums-Burchardt*

## Offensiv und zugleich mäßigend

### Polens Kirche in wichtiger Schlüsselrolle

Bei den jüngsten innenpolitischen Auseinandersetzungen in Polen wuchs der katholischen Kirche dank ihres Einflusses in der Öffentlichkeit eine besondere Rolle zu. Beobachtern fiel auf, daß sich Primas Kardinal Wyszyński immer mehr zurückhielt, je gespannter die Lage zu sein schien. Er wollte offenbar kein Öl aufs Feuer gießen, richtete aber wiederholte Appelle an die Führung, durch Achtung der Rechte des einzelnen ein neues Vertrauensverhältnis zu den Regierten zu schaffen und den sozialen Frieden wiederherzustellen.

Nach der Verhaftung von Oppositionellen um das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ hatte der Sekretär der Bischofskonferenz, Weihbischof *Bronislaw Dabrowski* (Warschau), auf Weisung des Primas zugunsten des Literaturwissenschaftlers *Jan Josef Lipski* interveniert. Wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wurde Lipski am 8. Juni freigelassen. Dafür hatte sich unter anderen auch der PEN-Club eingesetzt.

Zur Haltung der Kirche während der jüngsten Spannungen ist aus Kreisen des Episkopats zu hören, die Kirche wolle sich nicht auf den politischen Weg ziehen lassen, stehe aber denen bei, die Opfer von Repressionen wurden. So fordere die Kirche auch die Freilassung der letzten fünf noch in Haft befindlichen Teilnehmer an den Protestaktionen von Ursus und Radom unabhängig der von den

Behörden vorgebrachten Argumente, daß ein Teil von ihnen eine kriminelle Vergangenheit habe. Wenn die Unruhen nicht gewesen wären, säßen sie nicht wegen der ihnen konkret in diesem Falle vorgeworfenen Taten im Gefängnis, heißt dazu die Antwort der Kirche.

### Wyszyński fordert Einhaltung der Menschenrechte

Die Sonderstellung der vom Regime unabhängigen Kirche zeigte sich besonders deutlich am 15. Mai in Krakau, als die demonstrativen Trauerkundgebungen um den oppositionellen Studenten *Stanislaw Pyjas* bei einer Seelenmesse in der Dominikanerkirche ihr einziges von einer Institution sanktioniertes offenes Ventil fanden. Ähnlich wie ein paar Tage später in Warschau rief der Priester die Studenten zur Ruhe auf, zeigte aber volles Verständnis für ihr Anliegen. Noch klarer illustrierte der Hungerstreik in der Warschauer Martinskirche die Rolle der katholischen Kirche in Polen als einzige vom Staat unabhängige Institution.

Während des Hungerstreiks, mit dem der Forderung nach Freilassung der Teilnehmer an den Protestaktionen vom letzten Jahr und der verhafteten Intellektuellen Nach-

druck verliehen werden sollte, gab es Kontakte zwischen der Warschauer Kurie und den städtischen Behörden. Unter anderem auf Grund dieser Kontakte wurde verabredet, daß die 14 Teilnehmer nach Beendigung des Streiks die Seitenkapelle durch einen Hintereingang verlassen und ohne Aufsehen nach Hause gefahren werden sollten. An diesem einwöchigen Hungerstreik, an dem auch Nichtgläubige und Juden beteiligt waren, nahmen von katholischer Seite ein Dominikanermönch und der Chefredakteur der Monatszeitschrift „Znak“, *Bohdan Cywinski*, in eigener Verantwortung teil. Die Bischöfe haben offiziell dazu nie Stellung genommen. Dieses Thema wurde vermutlich auf der am 16. Juni in Warschau tagenden Bischofskonferenz besprochen, ist aber in dem danach veröffentlichten Kommuniqué nicht erwähnt.

Kurz nach den Krakauer Trauerkundgebungen, aber noch vor dem Hungerstreik hatte Kardinal *Wyszynski* am 19. Mai in der Warschauer Studentenkirche Sankt Anna zum Verständnis für die Unruhe der Jugend und zu einem anderen Umgang mit den Menschen aufgerufen. In einer viel beachteten Predigt sagte er: „Wenn man den Dingen statt des Menschen Vorrang gibt, so kommt es dazu, daß der Mensch unter den sozialen, zivilen und nationalen Dingen auf der untersten Stufe rangiert. Er scheint sogar zu stören, wenn er von seinen Grundrechten als menschliche Person spricht, wenn er seine Rechte manchmal auf eine ungeduldige und drastische Art verlangt. Aber das ist vielleicht, weil er spürt, daß sich die Schlinge um seinen Hals festzieht, und ausruft ‚Hilfe, Hilfe, der Mensch geht zugrunde‘ ... Wie in einem menschlichen Organismus, bei dem die Temperatur ein Krankheitsstadium anzeigt, zeigt auch im sozialen Leben manchmal die soziale Temperatur die Krankheit an. Heute zeigt sich besonders bei der jungen Generation, die ihre grundlegenden menschlichen Rechte kennt, manchmal Temperatur. Man darf davon nicht überrascht sein, man darf sie nicht verurteilen. Man muß sie verstehen und das ganze System der Herrschaft über den Menschen ändern, sich von vielen dem Menschen gegenüber angewandten Positionen und Methoden zurückziehen.“

Am 9. Juni, nach dem Hungerstreik, richtete er noch einmal seinen Appell an die Führung, ging aber nicht auf konkrete Dinge ein: „Wir haben so oft unterstrichen, daß der gesellschaftliche Frieden von der Achtung der Grundrechte des Menschen und Bürgers abhängt. Wir fürchten alles, was heute eine Vergewaltigung dieser Rechte sein könnte und morgen neue Unruhen hervorrufen kann. Den gesellschaftlichen Frieden, der für unsere nationale Existenz so notwendig ist, garantieren wir uns schon heute durch die Achtung der Grundrechte der menschlichen Person.“

### Kardinal Wojtyla verteidigt Znak

Sehr viel deutlicher ging der Krakauer Erzbischof Kardinal *Karol Wojtyla* in seiner Fronleichnamspredigt auf die

jüngsten Ereignisse ein: „Es ist gewiß im Interesse aller Führungen auf der ganzen Welt und auch in Polen und in Krakau, daß die Notwendigkeit der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte verstanden wird. Der Mensch, der auf diesem Gebiet Mängel spürt, ist zu allem bereit. Ist bereit zu allen Aufopferungen und Opfern. Denn er kann nicht auf das verzichten, was er ist, daß er ein Mensch, daß er ein Pole, daß er ein Christ ist.“ Die Tatsache, daß die Jugend am 15. Mai die Besinnung und Stille dem Lärm des Studentenfestes vorgezogen habe, habe gezeigt, daß die Jugend auch in der Lage ist, „über die grundlegenden Dinge nachzudenken wie gesellschaftliche Gerechtigkeit und Frieden, die Rechte des Menschen, die Rechte der menschlichen Person, die Rechte der Nation, die Verantwortung für das große Erbe unseres Volkes. Diese Verantwortung verspüren wir alle.“

Scharf ging *Wojtyla* mit der entstellenden Berichterstattung der polnischen Presse über diese Ereignisse ins Gericht. Sie könne nicht nur ein „Werkzeug zur Manipulation der öffentlichen Meinung“ sein. In diesem Zusammenhang stellte er sich ausdrücklich hinter die „Znak“-Gruppe, die in letzter Zeit mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte (vgl. HK), und sagte: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einige Worte an die katholische Presse in Krakau richten, die hier besondere Verdienste hat. Ich denke an ‚Tygodnik Powszechny‘ und die Monatszeitschrift ‚Znak‘, die fast die ganzen dreißig Jahre hindurch in Krakau erschienen. In den letzten Zeiten sah die Bischofskonferenz die Notwendigkeit, auf besondere Weise zu erklären, daß diese – etwas wie die letzten Mohikaner – wenig zahlreichen katholischen Publikationen – die Presse, Buchverlage, Organisationen, Klubs der katholischen Intelligenz – ein besonderes Gut der Kirche sind und zu ihrem Besitzstand gehören. Ich spreche davon, um denen, die dem geschriebenen Wort dienen und die mit diesem geschriebenen Wort dem Wohl des Vaterlandes und der Kirche dienen, unsere Solidarität auszudrücken. Ihre Sache betrachten wir als unsere gemeinsame Sache.“ *Wojtyla* bringt auch dem gesellschaftlichen Engagement der „Znak“-Gruppe am meisten Verständnis entgegen. Seine Solidaritätserklärung hat er vermutlich nicht von ungefähr nach dem Hungerstreik abgegeben, an dem auch führende *Znak*-Vertreter in eigener Verantwortung mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren (Chefredakteur der Monatszeitschrift „Znak“, *Bohdan Cywinski*, als Teilnehmer, „Wiez“ – Chefredakteur *Tadeusz Mazowiecki* als Vertrauensmann der Streikenden).

Überraschend hat der Warschauer Oberste Gerichtshof Mitte Juni die Entscheidung über die am 29. März vom Wojewodschaftsgericht verfügte Auflösung der GmbH verschoben, die die Firma „Libella“ betreibt, von der viele Aktivitäten des „Znak“ bisher finanziert wurden. Gegen dieses Urteil hatte „Znak“ Berufung eingelegt. Der Oberste Gerichtshof argumentierte jetzt, in dieser Frage spiele das gesellschaftliche Interesse eine Rolle, und daher müsse erst ein Vertreter des öffentlichen Interesses gehört

werden. Selbst wenn die Gesellschaft aufgelöst wird, ist damit noch nicht die Frage des Eigentums an der Firma entschieden, die zur Zeit von der von „Znak“ abgespaltenen, größere Gunst der politischen Führung genießenden „Odiss“-Gruppe verwaltet wird.

Führende Vertreter der ursprünglichen und authentischen „Znak“-Gruppe betonen, daß es ihnen um die Wahrung ihrer Identität und nicht um persönliche Streitigkeiten geht. Sie wollen auf keinen Fall in irgendeine ideelle oder politische Abhängigkeit zur Odiss-Gruppe geraten und daher von dieser kein Geld annehmen, falls das Eigentum an den Einrichtungen von „Libella“ der „Odiss“-Gruppe zugesprochen werden sollte.

Trotz des Protestes des ursprünglichen „Znak“ treten die Vertreter der „Odiss“-Gruppe weiter im Parlament als „Znak-Abgeordneten-Zirkel“ auf. Ein tiefer Unterschied im Verhältnis zu gesellschaftlichen Fragen wurde in der ansonsten der Regierung gegenüber sehr kritischen Parlamentsrede von *Janusz Zablocki* am 30. Juni deutlich, in der dieser dem „liberalen Individualismus“ den Menschenrechtsbegriff der kirchlichen Soziallehre entgegensetzte. Danach seien die Rechte des Menschen mit seinen Pflichten verbunden und würden nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen. Damit kommt Zablocki dem von der staatlichen Führung propagierten sozialistischen Begriff von den Menschenrechten sehr nahe. Er kritisierte außerdem „verschiedene spektakuläre Demonstrationen, die Beifall im Ausland

finden“. Die Menschenrechtsprobleme sollten „schrittweise, auf dem Weg des Dialogs unter den Polen selbst, ohne Beteiligung äußerer, von eigenen Interessen geleiteter Faktoren gelöst werden“.

### Keine Probleme zwischen Episkopat und Rom

Bei den Kontakten zwischen Kirche und Staat im Zusammenhang mit den jüngsten inneren Auseinandersetzungen in Polen scheint der Leiter der vatikanischen Delegation in der ständigen Arbeitsgruppe für die Kontakte zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik Polen keine Rolle gespielt zu haben, obwohl er sich gerade zu dieser Zeit in Polen aufhielt und Gespräche mit der Regierung führte. In dem Kommuniqué nach der 159. Bischofskonferenz wurde wieder unterstrichen, daß Poggi bei seinen Verhandlungen mit Vertretern der Regierung eng mit dem polnischen Episkopat zusammenarbeite. Wie in Warschau zu hören ist, bestehen Pläne, daß Parteichef Edward Gierek Ende des Jahres nach Rom reist. Bei dieser Gelegenheit wolle er auch mit dem Papst zusammenkommen. In den Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen geht es seit Giereks Übernahme der Parteiführung im Dezember 1970 auf höherer Ebene ganz gut. Problematisch ist dagegen die Praxis der lokalen Verwaltungsbehörden.

*Renate Marsch*

## Forum

# Die italienischen Kommunisten und die osteuropäischen Bürgerrechtler

*Der folgende Beitrag wurde uns von Prof. Adolf Hampel (Hungen) zur Verfügung gestellt als Antwort und Ergänzung zu unserer Dokumentation über Menschenrechte und Menschenrechtsverletzungen im Mai-Heft der HK (vgl. dort besonders: Helsinki und die Folgen, S. 231–235). Hampels Beitrag dokumentiert nicht nur in außerordentlich klarer Weise das Dilemma der italienischen kommunistischen Partei angesichts der Bürgerrechtsbewegungen in den osteuropäischen kommunistischen Staaten, sondern auch die fortbestehende Bindung der KPI an das Sowjetsystem und mehr als ambivalente Demokratieverständnis.*

Die Schwierigkeit, den politischen Standort der KPI zu lokalisieren, führt auf seiten ihrer Gegner und potentiellen Partner zu immer neuen Klärungsversuchen. Das Verhal-

ten der Partei gegenüber dem sowjetischen Umgang mit den Menschenrechten dient dabei zu Recht als ein Kriterium. Die Publizität ihrer Meinungsverschiedenheiten mit der sowjetischen Partei veranlaßt manche Beobachter zur Frage: Warum löst sich die KPI angesichts der eklatanten Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern und angesichts des eigenen Bekenntnisses zur parlamentarischen Demokratie nicht von der Gemeinschaft der Bruderparteien des Sowjetblocks?

### Die Frage nach den Menschenrechten als Zumutung

Die KPI empfindet diese Frage als Zumutung. Ihre Antwort gibt Aufschluß über die innerparteiliche Gravitation.